

# Leitfaden zu Nutzungsbedingungen unter Geltung der DVO (EU) 2017/2177

## 1. Einleitung

Seit dem 1. Juni 2019 gilt die Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 über den Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen (im Folgenden: DVO). Sie enthält erstmals für alle europäischen Mitgliedsstaaten ausführliche Regelungen für den Zugang zu Serviceeinrichtungen und das dabei einzuhaltende Verfahren. Als europäische Verordnung gilt sie unmittelbar, d.h. ohne weitere nationale Umsetzungsakte. Gegenüber entgegenstehendem nationalem Recht ist sie vorrangig anzuwenden. Dadurch kommen einige Normen des Eisenbahnregulierungsgesetzes (ERegG) nicht mehr zur Anwendung. Der vorliegende Leitfaden soll einen Überblick über die Regelungen der DVO mit Bezug zu den Nutzungsbedingungen bieten und betroffenen Unternehmen eine erste Einschätzung des sich daraus ergebenden Handlungsbedarfs ermöglichen.

## 2. Vorgaben der DVO mit Bezug zu Nutzungsbedingungen

Nach der DVO haben alle Betreiber von Serviceeinrichtungen eine Beschreibung der Serviceeinrichtung, ihrer Anlagen und der angebotenen Leistungen aufzustellen. Die Inhalte, die nach der DVO in einer Beschreibung der Serviceeinrichtungen aufgeführt werden müssen, werden in der Praxis häufig schon mit der Erstellung der bisherigen Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen (NBS) erfüllt sein. In der DVO sind umfangreiche Vorgaben zu den Inhalten enthalten. Dabei ist wiederum zu unterscheiden zwischen den Kernbestandteilen, die jeder Betreiber von Serviceeinrichtungen in die Beschreibung aufnehmen muss (Art. 4 Abs. 2 a) bis d) und m) DVO), und den weiteren Inhalten, von deren Pflicht zur Aufnahme sich die Betreiber von Serviceeinrichtungen auf Antrag befreien lassen können, wenn die entsprechenden Voraussetzungen hierfür vorliegen. Zur Befreiung von Betreibern von Serviceeinrichtungen von regulatorischen Pflichten hat die Bundesnetzagentur einen weiteren [Leitfaden](#) veröffentlicht.

### Kernbestandteile nach der DVO (keine Befreiungsmöglichkeit):

- Art. 4 Abs. 2 lit. a): Liste aller Anlagen, in denen schienenverkehrsbezogene Leistungen erbracht werden, einschließlich Angaben über ihre Standorte und Öffnungszeiten,

*Hinweis: Die DVO legt einen Schwerpunkt auf die Beschreibung der Infrastruktur und die darin erbrachten Leistungen. Die Beschreibung sollte alle aus Sicht der Zugangsberechtigten wesentlichen Informationen enthalten. Bei einer Überarbeitung der NBS sollten die Betreiber von Serviceeinrichtungen prüfen, welche Informationen diesbezüglich bereitgestellt werden müssen. Aus Sicht der Bundesnetzagentur bietet sich eine graphische Infrastrukturbeschreibung an, in die ggf. weitere Informationen integriert werden können. Die Infrastrukturbeschreibung sollte sich mit den Angaben zu den technischen Merkmalen decken.*

*Soweit die Erreichbarkeit der Serviceeinrichtung in anderer Weise als durch festgelegte Öffnungszeiten zeitlich eingeschränkt ist, sind diese Einschränkungen anzugeben.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. b): die wichtigsten Kontaktangaben des Betreibers der Serviceeinrichtung,

*Hinweis: Allgemeine Daten zu geschäftlichen Kontaktmöglichkeiten (z.B. zentrale Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Faxnummern, Links zu elektronischen Kontaktformularen) sollten veröffentlicht werden. Soweit bestimmte Daten, z.B. von konkreten*

*Personen, erst bei Vertragsabschluss bekannt gegeben werden, sollte darauf hingewiesen werden.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. c): eine Beschreibung der technischen Merkmale der Serviceeinrichtung,

*Hinweis: Die DVO gibt bereits Hinweise, was unter technischen Merkmalen verstanden werden kann. So werden z.B. Anschluss-/Verschiebe- und Rangiergleise genannt. Aber auch die technische Ausrüstung zum Be- und Entladen, zum Waschen und zur Instandhaltung sowie die verfügbare Lagerkapazität sind umfasst. Technische Merkmale können unter anderem auch Angaben zum Funksystem, zur Weichenstelltechnik und zum Vorhandensein von Oberleitungen sein.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. d): eine Beschreibung aller in der Einrichtung erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen und ihrer Art (grundlegende Leistung, Zusatzleistung oder Nebenleistung),

*Hinweis: Alle Leistungen mit Eisenbahnbezug sind zu benennen und als grundlegende, Zusatz- oder Nebenleistungen zu kennzeichnen.*

*Der Begriff der grundlegenden Leistung umfasst die Leistungen mit Eisenbahnbezug in einer Serviceeinrichtung, die einem Zugangsberechtigten angeboten werden müssen, damit dieser die Serviceeinrichtung so nutzen kann, wie es deren Sinn und Zweck und typisch betrieblicher Ablauf vorsehen.*

*Eine Zusatz-/Nebenleistung ist eine Leistung, die, wenn sie vom Betreiber der Serviceeinrichtung erbracht wird, diskriminierungsfrei gegenüber allen Zugangsberechtigten erbracht werden muss. Die Leistung muss vom Zugangsberechtigten nicht abgenommen werden. Nicht zulässig ist es, den Zugang zu einer Serviceeinrichtung oder die Erbringung einer Leistung in dieser, an die Auflage zu knüpfen, dass andere Leistungen, die keinen Bezug zur beantragten Leistung haben, ebenfalls erworben werden müssen. Eine Zusatz-/Nebenleistung kann extra bepreist werden.*

*Es sind alle Leistungen aufzuführen, die angeboten oder tatsächlich erbracht werden.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. m): Informationen über Entgelte für den Zugang zu Serviceeinrichtungen und die einzelnen dort erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen.

*Hinweis: Hiermit sind die Entgeltlisten gemeint. In diesen muss sich zu allen in den Nutzungsbedingungen beschriebenen eisenbahnverkehrsbezogenen Leistungen ein Entgelt finden (ggf. auch Abbildung mehrerer Teilleistungen in einem Entgelt).*

#### **Weitere Inhalte (Inhalte sind verpflichtend, Befreiung ist auf Antrag möglich):**

- Art. 4 Abs. 2 lit. e): die Möglichkeit der Eigenerbringung von schienenverkehrsbezogenen Leistungen und die dafür geltenden Bedingungen,

*Hinweis: In vielen Serviceeinrichtungen ist die Eigenerbringung der Leistungen durch den Zugangsberechtigten die Regel (z.B. bei Abstellgleisen, Ladestraßen, Rangierbahnhöfen). Die Frage nach der Möglichkeit der Eigenerbringung stellt sich eher dort, wo Leistungen regelmäßig durch den Betreiber der Einrichtung erbracht werden (z.B. in Wartungseinrichtungen, Terminals oder bei ergänzenden Leistungen, wie der Nutzung von Bremsprobeanlagen). In der Beschreibung der Serviceeinrichtung ist die Möglichkeit der Eigenerbringung – soweit vorhanden – in allen Fällen darzustellen.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. f): Informationen über die Verfahren zur Beantragung des Zugangs zu der Serviceeinrichtung und der dort erbrachten Leistungen,

*Hinweis: Die DVO stellt klar, dass dieser Punkt Fristen für die Einreichung von Anträgen und deren Bearbeitung umfasst. Falls relevant, sind daher Angaben zu Anmeldefristen bzw. Zeiträumen zu machen. Diese Fristen/Zeiträume sind mit angrenzenden Infrastrukturen abzustimmen.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. g): bei Serviceeinrichtungen mit mehreren Betreibern oder bei von mehreren Anbietern erbrachten, schienenverkehrsbezogenen Leistungen die Angabe, ob der Zugang zu den Einrichtungen und den Leistungen jeweils getrennt beantragt werden muss,

*Hinweis: Es sollte auch deutlich werden, wer dafür verantwortlich ist, dass die bei unterschiedlichen Anbietern beantragten Leistungen (zeitlich) abgestimmt werden und welcher Beteiligte die weiteren Beteiligten über vereinbarte Nutzungen sowie ggf. deren Abweichungen/Änderungen informiert.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. h): Angaben zum Mindestinhalt und zur Form von Anträgen auf Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen oder ein entsprechendes Antragsmuster,

*Hinweis: Der Betreiber der Serviceeinrichtung kann eine verbindliche Form für Anträge oder ein Muster vorgeben. Dabei ist der Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit zu beachten. Das Musterformular wird dann Bestandteil der Beschreibung der Serviceeinrichtung / Nutzungsbedingungen. Der Betreiber der Serviceeinrichtung sollte deutlich machen, wie mit unvollständigen oder nicht plausiblen Anträgen umgegangen wird.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. i): zumindest bei Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen, die von Betreibern betrieben bzw. erbracht werden, die unter direkter oder indirekter Kontrolle einer Kontrollinstanz stehen, sind Musterzugangsverträge und allgemeine Geschäftsbedingungen bereitzustellen,

*Hinweis: Unter Kontrollinstanz versteht die DVO eine Stelle oder ein Unternehmen, die bzw. das eine direkte oder indirekte Kontrolle über den Betreiber einer Serviceeinrichtung ausübt und ebenfalls in den nationalen Schienenverkehrsmärkten, für die die Einrichtung genutzt wird, tätig ist und eine beherrschende Stellung inne hat, oder die bzw. das eine direkte oder indirekte Kontrolle über den Betreiber einer Serviceeinrichtung und Eisenbahnunternehmen mit einer solchen Stellung ausübt.*

*Unabhängig von der Frage, welche Unternehmen eine beherrschende Stellung im Sinne der Definition innehaben, enthalten die bisherigen Nutzungsbedingungen nach Auffassung der Bundesnetzagentur auch allgemeine Geschäftsbedingungen, die jedoch an regulatorischen Maßstäben gemessen werden.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. j): ggf. Informationen über die Bedingungen für die Nutzung der IT-Systeme des Betreibers, sofern die Antragsteller solche Systeme nutzen müssen, sowie die Regeln für den Schutz von sensiblen Daten und Geschäftsdaten,

*Hinweis: Damit sind z.B. Vorgaben über Datenschnittstellen u. ä. gemeint.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. k): eine Beschreibung der Koordinierungsverfahren und Regulierungsmaßnahmen gemäß Art. 10 und der Vorrangkriterien gemäß Art. 11 DVO,

*Hinweis: Die Betreiber von Serviceeinrichtungen können Vorrangkriterien für Kapazitätszuweisung festlegen, die anzuwenden sind, wenn Anträge nach dem Koordinierungsverfahren nicht miteinander in Einklang gebracht werden können. Die bisherige*

gesetzliche Regelung in § 13 Abs. 3 ERegG findet keine Anwendung mehr. Der Betreiber der Serviceeinrichtung kann nunmehr eigene Vorrangkriterien festlegen. Genaueres dazu finden Sie unter 3 a).

- Art. 4 Abs. 2 lit. l): Informationen über Änderungen der technischen Merkmale und vorübergehende Kapazitätsbeschränkungen der Serviceeinrichtung, einschließlich planmäßiger Arbeiten, die den Betrieb der Serviceeinrichtung erheblich beeinflussen könnten,

*Hinweis: Unter diesen Punkt fallen alle Arten von Nutzungseinschränkungen, u.a. durch Baumaßnahmen. Bei der Beschreibung der Einschränkungen sind auch Angaben zu konkreten Auswirkungen auf vereinbarte Nutzungen zu machen. Die Auswirkungen sind in der Beschreibung der Serviceeinrichtung allgemein für alle betroffenen Zugangsberechtigten anzugeben, eine Beschreibung der Auswirkungen konkret vereinbarter Nutzungen einzelner Zugangsberechtigter ist darin nicht notwendig. Gleiches gilt für in dieser Phase ggf. greifende besondere Zugangs- oder Entgeltregelungen.*

- Art. 4 Abs. 2 lit. n): Informationen über die Grundsätze, nach denen Antragstellern Preisnachlässe gewährt werden, wobei die Anforderungen an die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen zu erfüllen sind

*Hinweis: Diese Angaben sollten sinnvollerweise in den Entgeltgrundsätzen verankert werden.*

Neben die Vorgaben der DVO treten einige Vorgaben zu den Nutzungsbedingungen aus dem ERegG, die nicht von der DVO verdrängt werden. Zu nennen sind insbesondere:

- § 21 ERegG: Bestimmungen zur Betriebssicherheit,

*Hinweis: Bestimmungen zur Betriebssicherheit sind von allen Betreibern von Serviceeinrichtungen aufzustellen. Hierzu gehört insbesondere die Sammlung betrieblicher Vorschriften, die für die Serviceeinrichtung angewendet werden sollen.*

- § 34 Abs. 2 Satz 2 und § 35 Abs. 6 ERegG: Entgeltgrundsätze,

*Hinweis: Hier müssen Verfahren und Regelungen zur Bildung der Entgelte beschrieben werden. Diese Regelungen müssen in Deutsch und einer weiteren Amtssprache der Europäischen Union verfasst werden, soweit eine vergleichbare gesetzliche Pflicht auch den Betreiber der Schienenwege trifft, an dessen Netz die Serviceeinrichtung angeschlossen ist.*

- § 39 Abs. 2, 4 ERegG: Regelungen zum Anreizsystem,

*Hinweis: Schon nach der DVO ist vorgesehen, dass Leistungssteigerungen über Preisnachlässe (Bonii) erreicht werden sollen. Daneben sind bspw. auch Vertragsstrafen für Störungen des Netzbetriebs möglich (Mali).*

- § 47 Abs. 9 ERegG: Pflicht zur Zusammenarbeit mit Betreibern von Schienenwegen und ggf. anderen Betreibern von Serviceeinrichtungen,

*Hinweis: Verantwortlichkeiten und Informationsflüsse bei der Vergabe, Disposition und Nutzung sollten zwischen den angrenzenden Infrastrukturbetreibern vereinbart*

*und veröffentlicht werden. Eine eventuell erforderliche Mitarbeit des Antragstellers/Zugangsberechtigten ist ebenfalls zu beschreiben. In welchen Fällen Zusammenarbeit erforderlich ist, ergibt sich z.B. aus Art. 5 Abs. 4 und Art. 7 Abs. 2 der DVO.*

- § 48 Abs. 1 ERegG: Regelungen zur Finanzgarantie

*Hinweis: Bereits vorhandene Regelungen zur Festlegung, in welchen Fällen eine Finanzgarantie zu erbringen ist, müssen auf ihre Vereinbarkeit mit der DVO, speziell im Hinblick auf Art. 13 Abs. 6, überprüft werden.*

### **3. Was bedeutet das für Betreiber von Serviceeinrichtungen?**

#### **a) Unternehmen (außer Wartungseinrichtungen), die bereits Nutzungsbedingungen aufgestellt haben**

Bei Betreibern von Serviceeinrichtungen, die bereits vollständige Nutzungsbedingungen aufgestellt haben, besteht nur geringer Handlungsbedarf. Es ist zu prüfen, ob die oben genannten Punkte in den Nutzungsbedingungen enthalten sind. Bei Unternehmen, die bereits umfassende Nutzungsbedingungen aufgestellt haben, werden die wesentlichen Anforderungen der DVO nach Einschätzung der Bundesnetzagentur voraussichtlich erfüllt sein. Es ist jedoch auf die folgenden Punkte hinzuweisen:

- **Bestimmungen zur Betriebssicherheit**

Hat ein Betreiber einer Serviceeinrichtung lediglich die Bestimmungen der Betriebssicherheit nach § 21 ERegG aufgestellt und veröffentlicht, z.B. aufgrund von vorangegangenen Befreiungen, wird dies nun zur Erfüllung der Verpflichtungen nach der DVO nicht ausreichend sein, da selbst bei einer Befreiung von der DVO die Kernbestandteile der Beschreibung der Serviceeinrichtung aufgestellt werden müssen.

- **Infrastruktur- und Leistungsbeschreibung**

Die DVO legt einen Schwerpunkt auf die Infrastruktur- und Leistungsbeschreibung. Diese Beschreibung ist Bestandteil der Nutzungsbedingungen und sollte alle aus Sicht der Zugangsberechtigten wesentlichen Informationen enthalten, vgl. die Hinweise unter 2. Die Bundesnetzagentur wird hierauf verstärkt achten.

*Hinweis:*

*Ein Konsortium der Unternehmen und Vereinigungen HaCon, IBS, SGKV, Triona, UIC und UIRR hat unter der Förderung der Europäischen Kommission eine Webseite erstellt, auf der Infrastrukturbeschreibungen und weitere Inhalte zu allen in Europa betriebenen Serviceeinrichtungen einsehbar sind. Die Webseite soll in Zukunft dazu verwendet werden, die Nutzungsbedingungen zu erstellen und zu veröffentlichen. Das Portal ist unter folgenden Link zu erreichen: <https://railfacilitiesportal.eu>.*

- **Koordinierungsverfahren**

Neuerungen gibt es auch beim Koordinierungsverfahren: Gemäß Art. 11 Abs. 1 der DVO können die Betreiber von Serviceeinrichtungen Vorrangkriterien für Kapazitätszuweisung festlegen. Diese Kriterien sind anzuwenden, wenn nach dem Koordinierungsverfahren nicht allen Anträgen entsprochen werden kann und die Kapazitätszuweisung nach einer Rangfolge vorgenommen werden muss. Dies ist vor allem für Betreiber von Serviceeinrichtungen von Bedeutung, bei denen eine Nachfrage besteht, die die verfügbaren Kapazitäten übersteigen kann.

Die bisherige Regelung in § 13 Abs. 3 ERegG, in der die Vorrangkriterien gesetzlich verankert waren, findet aufgrund der Regelung in der DVO keine Anwendung mehr. Betreiber von Serviceeinrichtungen können nun eigene Kriterien unter Berücksichtigung des Maßstabs von Angemessenheit, Diskriminierungsfreiheit und Transparenz schaffen, die das Ziel einer effizienten Nutzung der verfügbaren Kapazität berücksichtigen. Art. 11 der DVO nennt beispielhaft eine Reihe von Aspekten, die in den Vorrangkriterien berücksichtigt werden könne. Dazu zählen z.B. bestehende Verträge, die Absicht und Fähigkeit zur Nutzung von beantragter Kapazität oder die Vorrangkriterien für die Zuweisung von Zugtrassen. Betreiber von Serviceeinrichtungen können sich bei der Festlegung von Kriterien aber weiterhin an die bisherigen Vorrangkriterien des § 13 Abs. 3 Nr. 1 - 5 ERegG anlehnen. Die Bundesnetzagentur prüft, ob die Voraussetzungen der DVO eingehalten werden.

Ob und inwieweit Betreiber von Wartungseinrichtungen weiterhin einen Eigentümervorrang, wie er in § 13 Abs. 2 Nr. 2 geregelt war, anwenden können, wird die Bundesnetzagentur durch die Abwägung aller im Einzelfall relevanten Gesichtspunkte entscheiden. Sollte sich ein Betreiber einer Serviceeinrichtung dazu entscheiden, ein Höchstpreisverfahren durchzuführen, muss er dies nicht mehr über die Bundesnetzagentur tun. Denkbar wäre z.B. auch eine Durchführung über einen Notar. Soweit ein Betreiber der Serviceeinrichtung die Bundesnetzagentur einbinden möchte, wird sie sich an den bisher hierfür einschlägigen Regelungen des § 52 Abs. 8 S. 4, 5 und 6 ERegG orientieren.

#### **b) Unternehmen, die nach § 2 Abs. 5 ERegG von der Pflicht zur Aufstellung von Nutzungsbedingungen befreit sind**

Betreiber von Serviceeinrichtungen, die bereits eine Befreiung nach § 2 Abs. 5 ERegG erhalten oder beantragt haben, müssen zusätzlich einen Antrag nach Art. 2 Abs. 1 der DVO stellen, wenn sie von den sich aus der DVO ergebenden Pflichten ausgenommen werden wollen. Eine vollständige Befreiung von der Pflicht, Nutzungsbedingungen aufzustellen, ist unter Geltung der DVO aber nicht mehr möglich (für Fälle rein musealer Nutzungen vgl. unten). Es sind in jedem Fall die Kernbestandteile der Beschreibung von Serviceeinrichtungen aufzustellen und zu veröffentlichen. Die DVO enthält neue regulatorische Pflichten, die nicht von den bisherigen Befreiungen abgedeckt werden. Die Bundesnetzagentur wird die Unternehmen bei der Stellung von Befreiungsanträgen mit dem Ziel beraten, dass sachgerechte Anträge entsprechend den Bedürfnissen der Unternehmen gestellt werden.

#### **c) Wartungseinrichtungen und andere Unternehmen ohne Nutzungsbedingungen**

Betreiber von Wartungseinrichtungen waren bisher nach § 63 Abs. 1 ERegG von der Pflicht zur Aufstellung von Nutzungsbedingungen weitgehend ausgenommen und mussten nur Bestimmungen zur Betriebssicherheit aufstellen. Die Vorgaben der DVO gelten allerdings auch für Betreiber von Wartungseinrichtungen und sind gegenüber § 63 Abs. 1 ERegG vorrangig anzuwenden. Daher haben Betreiber von Wartungseinrichtungen in jedem Fall die von der DVO vorgeschriebenen Kernbestandteile bzw. Beschreibungen aufzustellen. Gleiches gilt für Betreiber von Serviceeinrichtungen, die bisher keine Nutzungsbedingungen aufgestellt haben. Sie müssen Nutzungsbedingungen aufstellen, die die Kernbestandteile der Beschreibung der Serviceeinrichtung und die weiteren Pflichtinhalte umfassen.

Eine Befreiung von den DVO-Pflichten im Hinblick auf die Beschreibung der Serviceeinrichtung ist nur bezüglich bestimmter Vorgaben möglich. Von der Pflicht, die oben beschriebenen Kernbestandteile zu beschreiben kann hingegen nicht befreit werden.

#### **d) Serviceeinrichtungen, die ausschließlich museal genutzt werden**

Für Serviceeinrichtungen die ausschließlich museal genutzt werden, können die verantwortlichen Betreiber die Ausnahme von allen Vorschriften der DVO beantragen. Dazu ist ein entsprechender Antrag bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Dies gilt auch dann, wenn die Bundesnetzagentur bereits eine [Befreiung nach § 2 Abs. 6 ERegG](#) erteilt hat.

**Bei allen Fragen, die sich aus der Geltung der Durchführungsverordnung zum Thema Nutzungsbedingungen ergeben, beantwortet die Bundesnetzagentur gerne die Fragen der betroffenen Unternehmen.**

[Informationen zum Verfahren zur Erstellung von Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen und den formalen Vorgaben](#) finden sie auf der Internetseite der Bundesnetzagentur.

**Kontakt:** [ref-704@bnetza.de](mailto:ref-704@bnetza.de)